

Auftrag Marti betreffend Ergänzungsarbeiten zum Erlass übergeordneter politischer Ziele und Leitsätze für die Planungsperiode 2021 - 2024

Mit dem Bericht und Antrag an den Grossen Rat hat die Kommission für Staatspolitik und Strategie legislaturkonform die übergeordneten politischen Ziele für die Jahre 2021 - 2024 erarbeitet und dem Grossen Rat im August 2019 zum Beschluss vorgelegt. Nach der grossrätlichen Debatte obliegt es der Regierung, aus diesen Grundsätzen Regierungsprogramm und Finanzplan zu erarbeiten.

Das an und für sich logische Vorgehen wurde bis anhin in mehr oder weniger abstrakten Teilaufgaben über das Regierungsprogramm der ganzen Legislatur verteilt. Die sich daraus ableitenden Teilschritte sind für den Grossen Rat kaum fassbar, zu allgemein formuliert, kaum messbar und zudem unverständlich nummeriert. In der jährlichen Erfolgskontrolle wird sodann zu wenig differenziert und zu wenig kritisch ein Jahresziel von der Regierung selbst als erfüllt oder nicht erfüllt beurteilt.

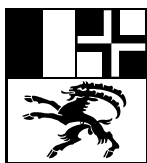
Das gewählte Vorgehen zeigt, soviel kann nach der ersten 8-jährigen Anwendung festgestellt werden, wenig konkreten Nutzen und stellt insbesondere für den Grossen Rat keine Kontroll- oder Führungshilfe dar.

Die Unterzeichnenden beauftragen daher die Regierung, pro vom Grossen Rat beschlossenen übergeordnetem politischem Ziel und den daraus formulierten Leitsätzen mindestens 3, maximal 8 konkrete Umsetzungsprojekte über die ganze Legislatur dem Grossen Rat zum Beschluss vorzulegen. Ein Projekt soll in einem klassischen Projektauftrag dargestellt und gegliedert sein, wo das angestrebte Endprodukt, der Weg dorthin, die Etappenziele, die Umsetzungsverantwortlichkeit, die finanziellen Mittel und das Reporting festgehalten sind. Die Projekte können auch als normale, in der Verwaltung über die bestehenden Ressourcen angesiedelte Aufgaben wahrgenommen werden. Diese müssen aber messbar und terminiert sein, wie auch besonders dazu geeignet sein, das übergeordnete politische Ziel zu erreichen.

Der Grosse Rat wird über die ganze Legislatur einmal jährlich über die Berichterstattung der Jahresziele über den entsprechenden Projektfortschritt in Reportingform informiert.

Chur, 30. August 2019

Marti, Hug, Hohl, Aebli, Berther, Bettinaglio, Bigliel, Brandenburger, Buchli-Mannhart, Caluori, Casty, Caviezel (Davos Clavadel), Censi, Danuser, Della Cà, Deplazes (Rabius), Dürler, Ellemunter, Engler (Davos Dorf), Epp, Felix, Flütsch, Föhn, Gasser, Geisseler, Giacomelli, Gort, Grass, Hartmann-Conrad, Hitz-Rusch, Holzinger-Loretz, Jenny, Jochum, Kappeler, Kasper, Koch, Kunz (Fläsch), Kunz (Chur), Kuoni, Loi, Michael (Donat), Michael (Castasegna), Mittner, Müller (Susch), Natter, Niggli (Samedan), Niggli-Mathis (Grüsch), Papa, Pfäffli, Rüegg, Salis, Schutz, Stiffler, Tanner, Thomann-Frank, Thür-Suter, Ulber, Valär, von Ballmoos, Waidacher, Weidmann, Wellig, Widmer-Spreiter (Chur), Costa, Engler (Surava), Niederreiter



Sitzung vom

29. Oktober 2019

Mitgeteilt den

29. Oktober 2019

Protokoll Nr.

801

Auftrag Marti

betreffend Ergänzungsarbeiten zum Erlass übergeordneter politischer Ziele und Leitsätze für die Planungsperiode 2021 - 2024

Antwort der Regierung

Das Regierungsprogramm und der Finanzplan sind gemäss Art. 42 Abs. 2 und Art. 46 der Verfassung des Kantons Graubünden (KV; BR 110.100) die zentralen Instrumente der strategischen und politischen Steuerung im Kanton Graubünden. Sie bilden gemeinsam die mittelfristige Schwerpunktplanung der Regierung. Das Regierungsprogramm umschreibt die wichtigsten Ziele und Aktivitäten der Regierung für eine Planungsperiode von vier Jahren. Zeitlich koordiniert und inhaltlich mit dem Regierungsprogramm abgestimmt, legt die Regierung die finanzpolitischen Ziele und Vorgaben fest. Der Finanzplan zeigt, wie sich der kantonale Finanzhaushalt in der gleichen Planperiode voraussichtlich entwickelt.

Im Kanton Graubünden ist die Kooperation zwischen Parlament und Regierung bei der Erarbeitung der politischen Planung ausgeprägt vorhanden (Art. 60 Gesetz über den Grossen Rat [Grossratsgesetz; GRG, BR 170.100]). Die politische und strategische Planung erfolgt im Zusammenspiel zwischen Parlament und Regierung. Unter Wahrung der einzelnen Zuständigkeiten werden die Grundlagen gemeinsam erarbeitet und die Planung inhaltlich koordiniert. Basierend auf dieser gemeinsamen Planung hatte der Grosse Rat gemäss Art. 34 Abs. 1 KV in der Augustsession 2019 die übergeordneten politischen Ziele und Leitsätze für die Planungsperiode 2021-2024 erlassen.

Gemäss Art. 42 Abs. 1 KV ist es Aufgabe der Regierung, die Ziele und Mittel staatlichen Handelns unter Vorbehalt der Befugnisse der Stimmberechtigten und des Grossen Rats zu planen, zu bestimmen und zu koordinieren. Die übergeordneten politischen Ziele und Leitsätze bilden bei der Ausarbeitung des Regierungsprogramms und dem damit verknüpften Finanzplan die Leitplanken, wobei der Regierung ein gewisser Spielraum gewährt wird.

Die Erarbeitung des Regierungsprogramms und Finanzplans 2021-2024 erfolgte in Anlehnung an die Erfahrungen aus den Jahren 2007, 2011 und 2015. Die Regierung hat unter Beachtung der übergeordneten politischen Ziele und Leitsätze des Grossen Rats sowie unter Vorbehalt der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel umsetzungsorientierte Regierungsziele und Entwicklungsschwerpunkte mit dazugehörigen konkreten Massnahmen beschlossen. Bei der grafischen und inhaltlichen Darstellung des Regierungsprogramms wurden Anpassungen vorgenommen mit dem

Ziel, die Verständlichkeit zu erhöhen. Bei jedem Regierungsziel wurden die zur Zielerreichung nötigen Entwicklungsschwerpunkte (inkl. Massnahmen) abgebildet und erläutert. Dies führt auch zu einer Anpassung der im Auftrag kritisierten Nummerierungslogik der Entwicklungsschwerpunkte. Das Regierungsprogramm und der Finanzplan 2021-2024 werden dem Grossen Rat in der Februarsession 2020 zur Kenntnis gebracht (vgl. Art. 64 Abs. 1 Grossratsgesetz). Im Rahmen dieser Botschaft legt der Grosse Rat zudem die finanzpolitischen Richtwerte für die Jahre 2021-2024 fest (Art. 34 KV).

Die Regierung setzt ab 2021 die auf die Planungsperiode von vier Jahren ausgelegten Entwicklungsschwerpunkte anhand von Jahreszielen um. Dabei werden die im Regierungsprogramm pro Entwicklungsschwerpunkt vorgesehenen Massnahmen konkretisiert und dem Grossen Rat jeweils im Jahresprogramm zusammen mit der Budgetbotschaft zur Kenntnis gebracht. Die jährliche Zuteilung der finanziellen Mittel erfolgt durch den Grossen Rat über das Budget. Die Regierung überprüft mit einem gut ausgebauten Controlling die Erreichung der Jahresziele. Die daraus resultierende Erfolgskontrolle wird dem Grossen Rat jeweils zusammen mit der Jahresrechnung zur Kenntnis gebracht. Analog den Anpassungen im Regierungsprogramm ist vorgesehen, die im Auftrag kritisierten Punkte der Erfolgskontrolle zu verbessern mit dem Ziel, die Verständlichkeit und Nachvollziehbarkeit zu erhöhen.

Mit diesen eingeleiteten Massnahmen zur besseren Verständlichkeit und Nachvollziehbarkeit des Regierungsprogramms und der Erfolgskontrolle werden zentrale Anliegen des vorliegenden Auftrags bereits umgesetzt.

Der vorliegende Auftrag fordert zudem, dass die Regierung dem Grossen Rat über die ganze Legislatur pro übergeordnetem politischen Ziel und den daraus formulierten Leitsätzen drei bis acht konkrete Umsetzungsprojekte in Form von klassischen Projektaufträgen zum Beschluss vorlegt. Ein solches Vorgehen wäre indessen systemwidrig und würde der verfassungsmässig und gesetzlich vorgesehenen Aufgabenteilung bzw. Gewaltentrennung zwischen Grosse Rat und der Regierung zuwiderlaufen. Diese sieht wie ausgeführt vor, dass der Grosse Rat die übergeordneten politischen Ziele und Leitsätze bzw. die finanzpolitischen Richtwerte festlegt, das Regierungsprogramm bzw. die Erfolgskontrolle jedoch nur zur Kenntnis nimmt. Soweit ersichtlich, kennt auch kein anderer Kanton ein solches wie im Auftrag vorgesehenes System. Unabhängig davon bestünde die Gefahr, dass operative Projekte nur sehr verzögert umgesetzt werden könnten und insgesamt ein grösserer bürokratischer Aufwand entstünde.

Aufgrund dieser Ausführungen beantragt die Regierung dem Grossen Rat, den vorliegenden Auftrag abzulehnen.



Namens der Regierung

Der Präsident:

A handwritten signature in black ink, appearing to be "J. Parolini".

Dr. Jon Domenic Parolini

Der Kanzleidirektor:

A handwritten signature in black ink, appearing to be "D. Spadin".

Daniel Spadin

Incumbensa Marti concernent lavurs da cumplettaziun tar il relasch da finamiras e da directivas politicas surordinadas per la perioda da planisaziun 2021–2024

Cun il rapport e cun la dumonda al cussegl grond ha la cumissiun per politica da stadi e strategia elavurà – conform a la legislatura – e suttamess al cussegl grond l'avust 2019 per la conclusiun las finamiras politicas surordinadas per ils onns 2021–2024. Suenter la debatta parlamentara èsi chausa da la regenza d'elavurar il program da la regenza ed il plan da finanzas sin basa da quests princips.

En in proceder atgnamain logic è questa incumbensa vegnida repartida fin ussa en incumbensas parzialas pli u main abstractas sur il program da la regenza da tut la legislatura. Ils pass parzials che vegnan deducids da quai n'èn strusch chapibels per il cussegl grond, èn formulads en ina moda memia generala, n'èn strusch mesirabels ed èn ultra da quai numerads en ina moda nunchapibla. En la controlla dal success annuala vegn alura ina finamira annuala giuditgada da la regenza sezza en moda memia pauc differenziada e memia pauc critica sco ademplida u betg ademplida.

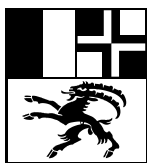
Il proceder tschernì mussa, tant po vegnir constatà suenter l'emprima applicaziun durant 8 onns, in niz pauc concret e n'è – en spezial per il cussegl grond – nagin agid da controlla u da direcziun.

Las sutsegnadras ed ils sutsegnaders incumbenseschan perquai la regenza da suttametter al cussegl grond per la conclusiun almain 3 e maximalmain 8 projects da realisaziun concrets per mintga finamira politica surordinada concludida dal cussegl grond e da las directivas ch'èn vegnidas formuladas sin quella basa. In project duai vegnir preschentà e structurà sco incumbensa da project classica, nua ch'il product final, la via a quel, las finamiras d'etappa, la responsabladad per la realisaziun, ils meds finanzials ed il reporting èn fixads. Ils projects pon er vegnir liquidads cun las resursas existents sco incumbensas normalas ch'èn domiciliadas en l'administraziun. Quellas incumbensas ston dentant esser mesirablas e provididas cun in termin, sco er adattadas spezialmain per cuntanscher la finamira politica surordinada.

Il cussegl grond vegn infurmà – en la furma d'in reporting – durant l'entira legislatura ina giada l'onn sur il rapport da las finamiras annualas davart il progress dal project correspondent.

Cuira, ils 30 d'avust 2019

Marti, Hug, Hohl, Aebli, Berther, Bettinaglio, Bigliel, Brandenburger, Buchli-Mannhart, Caluori, Casty, Caviezel (Tavau Clavadel), Censi, Danuser, Della Cà, Deplazes (Rabius), Dürler, Ellemunter, Engler (Tavau Vitg), Epp, Felix, Flütsch, Föhn, Gasser, Geisseler, Giacomelli, Gort, Grass, Hartmann-Conrad, Hitz-Rusch, Holzinger-Loretz, Jenny, Jochum, Kappeler, Kasper, Koch, Kunz (Fläsch), Kunz (Cuira), Kuoni, Loi, Michael (Donat), Michael (Castasegna), Mittner, Müller (Susch), Natter, Niggli (Samedan), Niggli-Mathis (Grüsch), Papa, Pfäffli, Rüegg, Salis, Schutz, Stiffler, Tanner, Thomann-Frank, Thür-Suter, Ulber, Valär, von Ballmoos, Waidacher, Weidmann, Wellig, Widmer-Spreiter (Cuira), Costa, Engler (Surava), Niederreiter



Sesida dals

Communitgà ils

Protocol nr.

29 d'october 2019

29 d'october 2019

801

Incumbensa Marti

concernent lavurs da cumplettaziun tar il relasch da finamiras e da directivas politicas surordinadas per la perioda da planisaziun 2021 - 2024

Resposta da la regenza

Il program da la regenza ed il plan da finanzas èn tenor l'art. 42 al. 2 e tenor l'art. 46 da la constituziun dal chantun Grischun (CC; DG 110.100) ils instruments centrals per diriger strategicamain e politicamain il chantun Grischun. Ensemien furman els la planisaziun da prioritads a vista mesauna da la regenza. Il program da la regenza circumscriba las finamiras e las activitads las pli impurtantas da la regenza per ina perioda da planisaziun da 4 onns. Accordadas cun il program da la regenza en quai che concerna il temp ed il cuntegn fixescha la regenza las finamiras e las directivas da la politica da finanzas. Il plan da finanzas mussa, co che las finanzas chantunalas vegnan a sa sviluppar probablamain durant la medema perioda da planisaziun.

En il chantun Grischun exista ina buna cooperaziun tranter il parlament e la regenza, sch'i sa tracta d'elavurar la planisaziun politica (art. 60 da la lescha davart il cussegl grond [LCG; DG 170.100]). La planisaziun politica e strategica vegn fatga en collavuraziun tranter il parlament e la regenza. Resguardond las singulas cumpetenzas vegnan elavuradas cuminaivlamain las basas e coordinads ils cuntegns da la planisaziun. Sa basond sin questa planisaziun cuminaivla ha il cussegl grond relaschè tenor l'art. 34 al. 1 CC las finamiras e las directivas politicas surordinadas per la perioda da planisaziun 2021–2024 en la sessiun d'avust 2019.

Tenor l'art. 42 al. 1 CC èsi l'incumbensa da la regenza da planisar, da fixar e da coordinar las finamiras ed ils meds finanzials da l'agir dal stadi, cun resalva da las cumpetenzas da las persunas cun dretg da votar e dal cussegl grond. Cun elavurar il program da la regenza ed il plan da finanzas appartegnent furman las finamiras e las maximas politicas surordinadas las saivs directivas. En quest connex vegn concedida ina tscherta libertad a la regenza.

Il program da la regenza ed il plan da finanzas 2021–2024 èn vegnids elavurads sin basa da las experientschas dals onns 2007, 2011 e 2015. Resguardond las finamiras e las maximas politicas surordinadas dal cussegl grond sco er cun resalva dals meds finanzials disponibels ha la regenza uschia concludì las finamiras da la regenza realisablas ed ils puncts centrals da svilup cun las mesiras concretas respectivas. La represchentaziun grafica e dal cuntegn dal program da la regenza è vegnida midada cun l'intent d'augmentar la chapaivladad. Tar mintga finamira da la regenza èn vegnids preschentads e declarads ils puncts centrals da svilup (incl. las mesiras) ch'èn necessaris per cuntanscher questas finamiras. Quai ha er chaschunà in'adattaziun

da la logica da numeraziun dals puncts centrals da svilup che vegn crititgada en l'incumbensa. Il program da la regenza ed il plan da finanzas 2021–2024 vegnan preschentads al cussegl grond en la sessiun da favrer 2020 (art. 64 al. 1 LCG). En il rom da questa missiva fixescha il cussegl grond ultra da quai las directives da la politica da finanzas per ils onns 2021–2024 (art. 34 CC).

A partir da l'onn 2021 realisescha la regenza a maun da finamiras annualas ils puncts centrals da svilup ch'èn fixads per ina perioda da planisaziun da 4 onns. En quest connex vegnan concretisadas las mesiras previsas en il program da la regenza per mintga punct central da svilup e communitgadas al cussegl grond mintgamai en il program annual ensemen cun la missiva tar il preventiv. L'attribuziun annuala dals meds finansials fa il cussegl grond sur il preventiv. La regenza examinescha cun in controlling bain organisà, sche las finamiras annualas èn vegnidas cuntanschidas. La controlla da success che resulta da quai vegn communitgada al cussegl grond mintgamai ensemen cun il quint annual. Analogamain a las adattaziuns en il program da la regenza èsi previs da meglierar ils puncts crititgads en l'incumbensa cun la finamira d'augmentar la chapaivladad e la trasparenza.

Grazia a questas mesiras prendidas concernent la chapaivladad e la trasparenza dal program da la regenza e da la controlla da success vegnan realisads giavischs centrals da l'incumbensa qua avant maun.

L'incumbensa qua avant maun pretenda ultra da quai che la regenza preschentia al cussegl grond durant l'entira legislatura per mintga finamira politica surordinada e per las directives formuladas sin basa da quellas trais fin otg projects da realisaziun concrets en furma d'incumbensas classicas per la conclusiun. In tal proceder fiss però cuntrari al sistem e cuntrafeschess a la repartiziun da las incumbensas resp. a la separaziun da las pussanzas tranter il cussegl grond e la regenza sco ch'ellas èn previsas en la constituziun ed en la lescha. Quella prevesa – sco menziunà – ch'il cussegl grond fixeschia las finamiras e las maximas politicas surordinadas resp. las directives da la politica da finanzas, prendia dentant mo enconuschientscha dal program da la regenza resp. da la controlla da success. Sco ch'i para n'enconuscha er nagin auter chantun in sistem sco ch'el è previs en l'incumbensa. Independentamain da quai existiss il privel che projects operativs vegnissan realisads mo cun grond retard e ch'i dess tut en tut ina burocrazia pli gronda.

Sa basond sin questas explicaziuns propona la regenza al cussegl grond da refusar questa incumbensa.



En num da la Regenza

Il president:

Il cancellier:

Dr. Jon Domenic Parolini

Daniel Spadin

Incarico Marti concernente i lavori complementari relativi all'emanazione di obiettivi politici e linee guida di ordine superiore per il periodo di pianificazione 2021 - 2024

Con il rapporto e la proposta a destinazione del Gran Consiglio, la Commissione strategica e di politica statale ha elaborato, in conformità alla legislatura, gli obiettivi politici di ordine superiore per gli anni 2021 - 2024 e li ha presentati al Gran Consiglio per la decisione nel mese di agosto 2019. Dopo il dibattito in Gran Consiglio compete al Governo elaborare il programma di Governo e il piano finanziario sulla base di questi principi.

Questa procedura di per sé logica è stata finora distribuita sul programma di Governo dell'intera legislatura sotto forma di compiti parziali più o meno astratti. Per il Gran Consiglio, i singoli passi che ne risultano sono poco chiari, sono formulati in modo troppo generico, sono difficilmente misurabili e inoltre sono numerati in modo incomprensibile. Nei controlli annuali dell'efficacia è il Governo stesso a valutare come soddisfatto o non soddisfatto un obiettivo annuale. Esso lo fa in modo troppo poco differenziato e troppo poco critico.

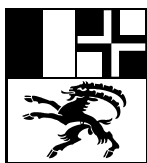
La procedura scelta evidenzia una scarsa utilità concreta, almeno questo è quanto è possibile constatare dopo i primi 8 anni di applicazione, e in particolare per il Gran Consiglio non rappresenta un ausilio per il controllo o la condotta.

Le firmatarie e i firmatari incaricano perciò il Governo di sottoporre per decisione al Gran Consiglio almeno 3 e al massimo 8 progetti di attuazione concreti sull'intero arco della legislatura riguardo a ogni obiettivo politico di ordine superiore deciso dal Gran Consiglio e riguardo alle linee guida formulate su questa base. Un progetto dovrà essere rappresentato e articolato secondo un incarico di progetto classico, nel quale sono annotati il prodotto finale auspicato, la via per raggiungerlo, le tappe e le responsabilità relative all'attuazione. I progetti possono anche essere svolti con le risorse esistenti quali normali compiti dell'Amministrazione. Essi devono però essere misurabili e provvisti di un termine e devono anche essere particolarmente idonei al raggiungimento dell'obiettivo politico di ordine superiore.

Nel corso dell'intera legislatura il Gran Consiglio viene informato una volta all'anno in merito al corrispondente avanzamento del progetto sotto forma di rapporto relativo agli obiettivi annuali.

Coira, 30 agosto 2019

Marti, Hug, Hohl, Aebli, Berther, Bettinaglio, Bigliel, Brandenburger, Buchli-Mannhart, Caluori, Casty, Caviezel (Davos Clavadel), Censi, Danuser, Della Cà, Deplazes (Rabius), Dürler, Ellemunter, Engler (Davos Dorf), Epp, Felix, Flütsch, Föhn, Gasser, Geisseler, Giacomelli, Gort, Grass, Hartmann-Conrad, Hitz-Rusch, Holzinger-Loretz, Jenny, Jochum, Kappeler, Kasper, Koch, Kunz (Fläsch), Kunz (Coira), Kuoni, Loi, Michael (Donat), Michael (Castasegna), Mittner, Müller (Susch), Natter, Niggli (Samedan), Niggli-Mathis (Grüsch), Papa, Pfäffli, Rüegg, Salis, Schutz, Stiffler, Tanner, Thomann-Frank, Thür-Suter, Ulber, Valär, von Ballmoos, Waidacher, Weidmann, Wellig, Widmer-Spreiter (Coira), Costa, Engler (Surava), Niederreiter



Seduta del

29 ottobre 2019

Comunicata il

29 ottobre 2019

Protocollo n.

801

Incarico Marti

concernente i lavori complementari relativi all'emanazione di obiettivi politici e linee guida di ordine superiore per il periodo di pianificazione 2021 - 2024

Risposta del Governo

Conformemente all'art. 42 cpv. 2 e all'art. 46 della Costituzione del Cantone dei Grigioni (Cost. cant.; CSC 110.100), il programma di Governo e il piano finanziario rappresentano gli strumenti centrali della gestione strategica e politica nel Cantone dei Grigioni. Insieme costituiscono la pianificazione a medio termine dei punti centrali del lavoro del Governo. Il programma di Governo descrive gli obiettivi e le attività principali del Governo per un periodo di pianificazione di quattro anni. Il Governo stabilisce gli obiettivi e le direttive di politica finanziaria coordinandoli con il programma di Governo per quanto riguarda le tempistiche e i contenuti. Il piano finanziario mostra l'evoluzione che il bilancio cantonale avrà probabilmente nello stesso periodo di pianificazione.

Nel Cantone dei Grigioni la cooperazione tra Parlamento e Governo nell'elaborazione della pianificazione politica è marcata (art. 60 della legge sul Gran Consiglio [LGC; CSC 170.100]). La pianificazione politica e strategica è il frutto di un gioco di squadra di Parlamento e Governo. Nel rispetto delle singole competenze, le basi vengono elaborate congiuntamente e i contenuti della pianificazione vengono coordinati tra loro. Sulla base di questa pianificazione comune, nella sessione di agosto 2019 il Gran Consiglio ha emanato gli obiettivi politici e le linee guida di ordine superiore per il periodo di pianificazione 2021-2024 in conformità all'art. 34 cpv. 1 Cost. cant.

Conformemente all'art. 42 cpv. 1 Cost. cant., è compito del Governo pianificare, fissare e coordinare gli obiettivi e l'impiego dei mezzi per l'attività dello Stato, riservate le competenze delle e degli aventi diritto di voto e del Gran Consiglio. Nell'elaborazione del programma di Governo e del piano finanziario a ciò associato, gli obiettivi politici e le linee guida di ordine superiore costituiscono il riferimento, il quale concede però un certo margine di manovra al Governo.

Il programma di Governo e il piano finanziario 2021-2024 sono stati elaborati sulla base delle esperienze raccolte negli anni 2007, 2011 e 2015. Nel rispetto degli obiettivi politici e delle linee guida di ordine superiore del Gran Consiglio nonché facendo salva la disponibilità di mezzi finanziari, il Governo ha deciso gli obiettivi di Governo e i punti centrali di sviluppo orientati all'attuazione insieme alle relative misure concrete. Nella rappresentazione grafica e contenutistica del programma di Governo si è proceduto ad adeguamenti con l'obiettivo di aumentarne la comprensibilità. Per ogni obiettivo di Governo sono stati riprodotti e spiegati i punti centrali di sviluppo (incluse

le relative misure) necessari per raggiungere gli obiettivi. Ciò comporta anche un adeguamento della logica di numerazione dei punti centrali di sviluppo criticata nell'incarico. Il programma di Governo e il piano finanziario 2021-2024 saranno sottoposti al Gran Consiglio nella sessione di febbraio 2020 (cfr. art. 64 cpv. 1 legge sul Gran Consiglio). Nel quadro di tale messaggio il Gran Consiglio stabilisce inoltre i valori indicativi di politica finanziaria per gli anni 2021-2024 (art. 34 Cost. cant.).

A partire dal 2021 il Governo attuerà i punti centrali di sviluppo per il periodo di pianificazione quadriennale sulla base di obiettivi annuali. In tale contesto le misure previste nel programma di Governo per ciascun punto centrale di sviluppo saranno concretizzate e poste a conoscenza del Gran Consiglio nel programma annuale insieme al messaggio sul preventivo. L'attribuzione annuale dei mezzi finanziari avviene da parte del Gran Consiglio tramite il preventivo. Il Governo verifica il raggiungimento degli obiettivi annuali mediante un controlling ben sviluppato. Il controllo dell'efficacia che ne risulta viene portato ogni anno a conoscenza del Gran Consiglio insieme al conto annuale. Analogamente agli adeguamenti nel programma di Governo si prevede di migliorare i punti del controllo dell'efficacia criticati nell'incarico, con l'obiettivo di aumentarne la comprensibilità e la chiarezza.

Con queste misure già avviate per migliorare la comprensibilità e la chiarezza del programma di Governo e del controllo dell'efficacia, si stanno già attuando le richieste centrali del presente incarico.

Il presente incarico richiede inoltre che sull'intero arco della legislatura il Governo sottoponga per decisione al Gran Consiglio da tre a otto progetti di attuazione concreti sotto forma di incarichi di progetto classici riguardo a ogni obiettivo politico di ordine superiore e alle linee guida formulate su questa base. Un tale approccio sarebbe però contrario al sistema e sarebbe in contrasto con la ripartizione dei compiti e la separazione dei poteri tra Gran Consiglio e Governo previste dalla Costituzione e dalle leggi. Come spiegato, tale separazione prevede che il Gran Consiglio stabilisca gli obiettivi politici e le linee guida di ordine superiore nonché i valori indicativi di politica finanziaria, ma che tuttavia si limiti a prendere atto del programma di Governo e del controllo dell'efficacia. A quanto risulta, non vi è alcun altro Cantone che presenti un sistema come quello previsto dall'incarico. Indipendentemente da ciò vi sarebbe il rischio che i progetti operativi possano essere attuati soltanto con molto ritardo e che complessivamente venga generato un onere burocratico maggiore.

A seguito di quanto esposto, il Governo chiede al Gran Consiglio di respingere l'incarico in oggetto.



In nome del Governo

Il Presidente:

Dr. Jon Domenic Parolini

Il Cancelliere:

Daniel Spadin